

# Nachteilsausgleich

## Auf dem Weg zur Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung

Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik (SZH)

# Chancengleichheit



# Übersicht

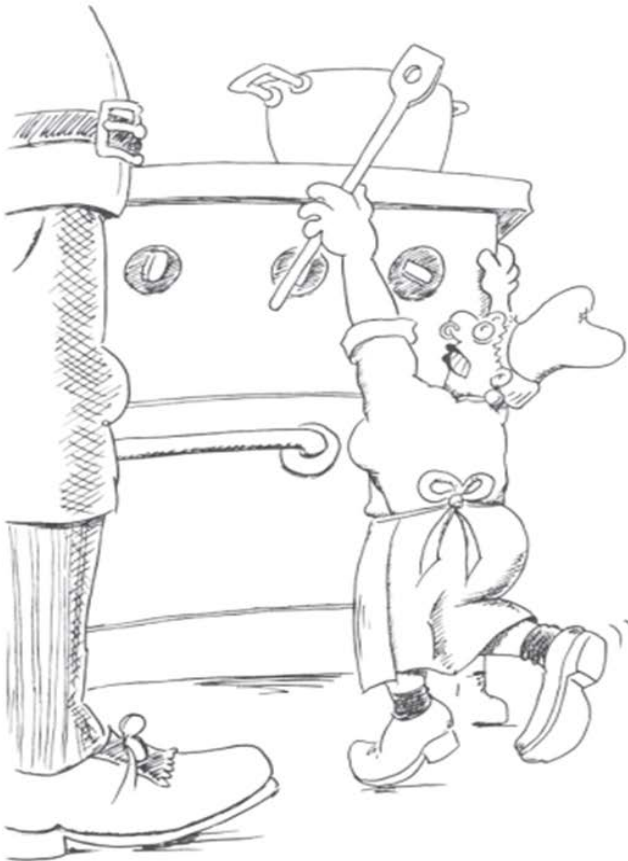
1. Fallbeispiele
2. Gesetzliche Grundlagen
3. Integration / Inklusion
4. Schulung / Ausbildung
5. Nachteilsausgleich
  - Definition
  - Betroffene Population
  - Mögliche konkrete Massnahmen
  - Umsetzung, Verfahren
6. Anzustrebende Entwicklungen
7. Aktivitäten SZH zu Nachteilsausgleich
8. Weitere Materialien

# 1. Fallbeispiele

CSPS : SZH

Stiftung Schweizer Zentrum  
für Heil- und Sonderpädagogik

Fondation Centre suisse  
de pédagogie spécialisée



# 1. Fallbeispiele

## Prüfungslabor X:

- Niels, 18-jährig, ADHS, berufliche Grundbildung Laborant EFZ, Fachrichtung Biologie.
- Niels muss die praktische Prüfung im Rahmen des Qualifikationsverfahrens mit allen anderen Lernenden absolvieren.
- Begründung: Alle müssen dieselben Leistungen erbringen, es gibt keine Ausnahmen.

# 1. Fallbeispiele

## Prüfungslabor Y:

- Heidi, 18-jährig, ADHS, berufliche Grundbildung Laborantin EFZ, Fachrichtung Biologie.
- Heidi darf die praktische Prüfung im Rahmen des Qualifikationsverfahrens in einem separaten Raum absolvieren.
- Begründung: Der Nachteil wird ausgeglichen, Heidi muss die Lernziele aber genauso erfüllen wie eine Person ohne ADHS.

# 1. Fallbeispiele

## Berufsfachschule X:

- Yann, 18-jährig, Dyslexie, berufliche Grundbildung Laborant EFZ, Fachrichtung Chemie.
- Yann muss die schriftlichen Arbeiten in derselben Zeit wie die anderen Lernenden bewältigen. In der Berufsschule wird die Rechtschreibung in allen Lernzielkontrollen und Fächern bewertet.
- Begründung: Alle müssen dieselben Leistungen erbringen, es gibt keine Ausnahmen.

# 1. Fallbeispiele

## Berufsfachschule Y:

- Lia, 18-jährig, Dyslexie, berufliche Grundbildung Laborantin EFZ, Fachrichtung Chemie.
- Lia erhält mehr Zeit für die schriftlichen Arbeiten, die Rechtschreibung wird in der Berufsschule ausschliesslich im Fach Sprache/Kommunikation bewertet.
- Begründung: Der Nachteil wird ausgeglichen, Lia muss die Lernziele aber genauso erfüllen wie eine Person ohne Dyslexie.



## 2. Gesetzliche Grundlagen

### International

- Erklärung von Salamanca (Unesco, 1994)
  - Bildung für alle
  - Ratifiziert von 92 Ländern, darunter die Schweiz
- UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO, 2006)
  - Gleichberechtigte Teilnahme
  - Art. 24: Integration, Gewährung von geeigneten Massnahmen
  - Ratifiziert von 144 Ländern, darunter seit Mai 2014 die Schweiz

## 2. Gesetzliche Grundlagen

### National

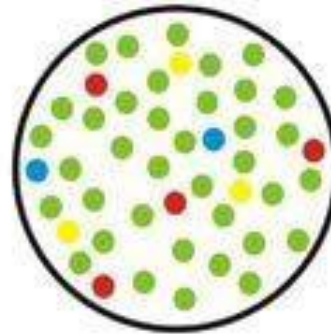
- Bundesverfassung (1999)
  - Art. 8: Gleichheitsgebot, Diskriminierungsverbot
- Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (2002)
  - Art. 2 und 5: Benachteiligungen verhindern, verringern oder beseitigen
- Invalidenversicherungsgesetz (1959)
  - Art. 16 Abs. 1: erstmalige berufliche Ausbildung

## 2. Gesetzliche Grundlagen

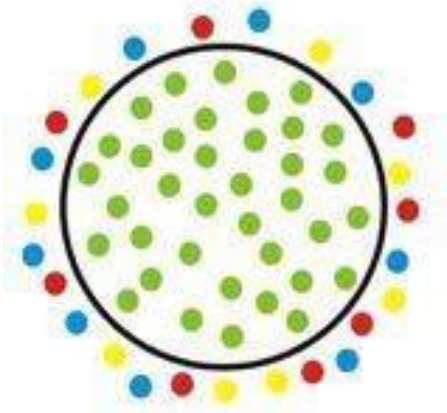
### National

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (2002)
  - Art. 3 lit. c: Das Gesetz fördert und entwickelt die Beseitigung von Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen
  - Art. 18 Abs. 1: Für besonders befähigte oder vorgebildete Personen sowie für Personen mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen kann die Dauer der beruflichen Grundbildung angemessen verlängert oder verkürzt werden.
  - Art. 21 Abs. 2 lit. c: Die Berufsfachschule (...) fördert (...) die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen durch geeignete Bildungsangebote und -formen.
- Berufsbildungsverordnung (2003)
  - Art. 35 Abs. 3: Benötigt eine Kandidatin oder ein Kandidat aufgrund einer Behinderung besondere Hilfsmittel oder mehr Zeit, so wird dies angemessen gewährt.

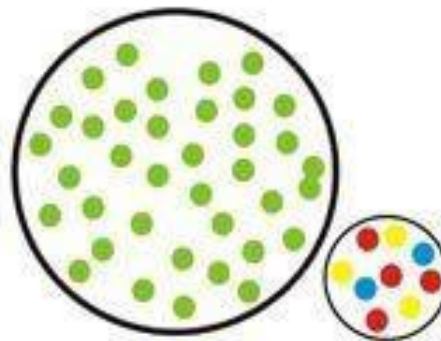
### 3. Integration / Inklusion



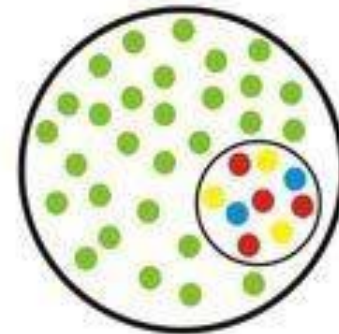
Inklusion



keine Ausbildung



Separation



Integration

## 4. Schulung / Ausbildung

**Schulung / Ausbildung mit angepassten Zielen (z.B. PrA Insos)  
für Lernende,**

- die den Anforderungen einer beruflichen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) nicht gewachsen sind.
- die eine Anpassung der Lernziele und eine spezielle Unterstützung benötigen.

## 4. Schulung / Ausbildung

### Schulung / Ausbildung **ohne** angepasste Lernziele (EFZ, EBA) für Lernende,

- die über die intellektuellen Fähigkeiten verfügen, um dem Lehrplan zu folgen.
- die behindert im juristischen Sinne sind.
- die keine Anpassung der Lernziele, aber eine Anpassung der Lern- und Prüfungsbedingungen benötigen.

**→ NACHTEILSAUSGLEICH**

## 5. Nachteilsausgleich: Definition

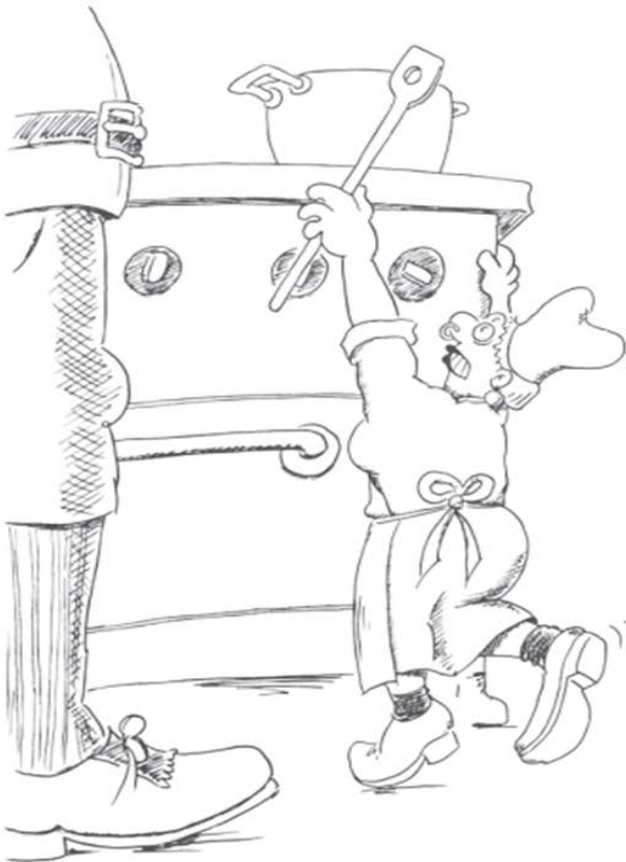
### Definition:

- Aufhebung und Verringerung der Einschränkungen durch Behinderungen.
- Anpassung der Bedingungen, unter denen Lernen/Prüfungen stattfinden.
- Keine Modifikation der Lern- oder Ausbildungsziele.

### Umsetzung:

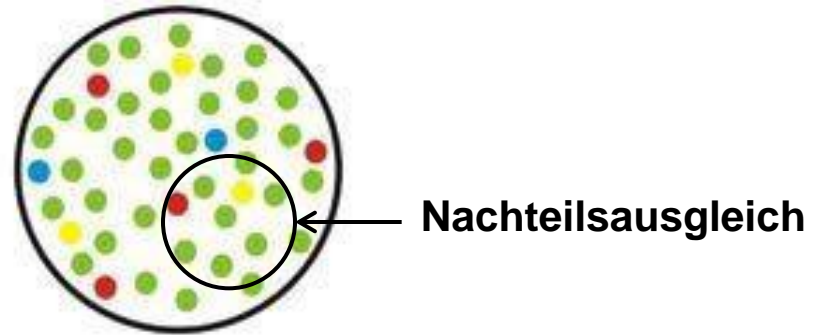
- Anwendung in der Schul- und Berufsbildung sowie den entsprechenden Aufnahme- und Qualifikationsverfahren.
- Individuelle Massnahmen.
- Prinzip der Verhältnismässigkeit.

## 5. Nachteilsausgleich: Definition

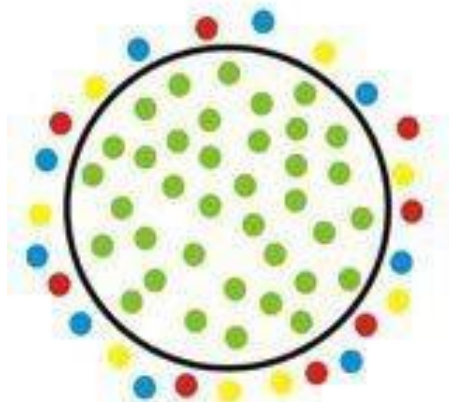




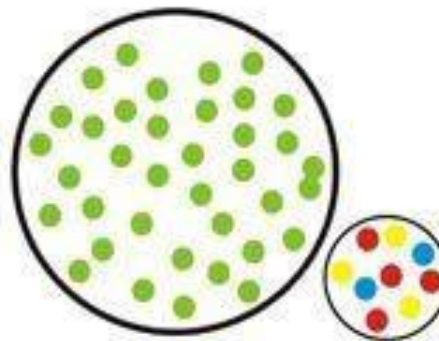
## 5. Nachteilsausgleich: Betroffene Population



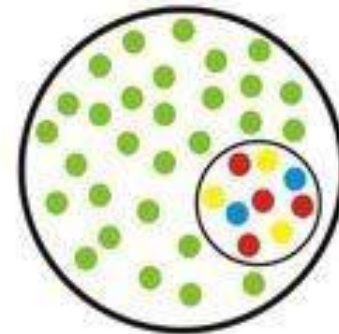
Ausbildung für alle



keine Ausbildung



Separation



Integration

# 5. Nachteilsausgleich: Betroffene Population

## Nach Häufigkeit geordnet

- **Psychische Störungen**
- **AD(H)S**
- **Lese-Rechtschreibstörung**
- **Dyskalkulie**
- **Dyspraxie**
- **Sehbehinderung**
- **Hörbehinderung**
- **Asperger-Syndrom (Autismus-Spektrums-Störung)**
- **Körperbehinderung**
- **Chronische Krankheiten**
- ...

## 5. Nachteilsausgleich: Mögliche konkrete Massnahmen

- **Zeitliche Anpassungen**
  - Mehr Zeit zur Verfügung (Prüfung, Ausbildung)
  - Unterteilung in Sequenzen (Pausen)
- **Räumliche Anpassungen**
  - Gewohnter Arbeitsplatz bei Prüfung
  - Separater Raum
  - Optimale Beleuchtung
- **Material-Anpassungen**
  - Hilfsmittel (Braille-Zeile, PC)
  - Wörterbuch, Taschenrechner
  - Angepasste Unterrichts- und Prüfungsmedien
- **Begleitung durch eine Drittperson**
  - Gebärdensprachdolmetscher
  - «Sekretariatsperson»

## 5. Nachteilsausgleich: Umsetzung, Verfahren

- Nachteilsausgleich in der Schul- und Berufsbildung in den entsprechenden Aufnahme- und Qualifikationsverfahren anwenden
- Das Prinzip der Verhältnismässigkeit walten lassen
- Diagnose einer qualifizierten Fachstelle einholen
- Massnahmen individuell anpassen
- Den Bedarf an Nachteilsausgleich rechtzeitig anmelden und Massnahmen schriftlich (vertraglich) festhalten

## 6. Anzustrebende Entwicklungen

---

1. Klare Definition des Konzeptes
2. Verbreitung des Konzeptes
3. Zusammenarbeit zwischen Ausbildern und Fachpersonen
4. Koordination der Umsetzung
5. Ethische Fragen

## 6. Anzustrebende Entwicklungen

### 1. Klare Definition des Konzepts

**Aktuelle Situation: bedeutende konzeptuelle Unterschiede**

Kklärungsbedarf :

- Grenzen des NA (Was ist NA, was nicht?)
- Notenschutz: grundsätzlich kein NA (es gibt eine Ausnahme!)
- Welche Behinderungsformen werden berücksichtigt und warum?
- Kein Vermerk des NA im Zeugnis oder auf dem Notenausweis
- Vorgehensweisen: Antrag, Zuweisungsprozess

## 6. Anzustrebende Entwicklungen

### 2. Verbreitung des Konzepts

**Aktuelle Situation: Teilweise willkürliche Zusprechung  
von Nachteilsausgleich**

- Verbreitung von Informationen auf allen Ebenen der Schule und Berufsbildung (auch Bildungsdepartemente)
- Integration der Thematik in die Ausbildung von Lehrpersonen

## 6. Anzustrebende Entwicklungen

### 3. Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen / Ausbilderinnen und Ausbildnern und Fachpersonen

**Aktuell bei Integration: Zusammenarbeit und Teilung  
der Verantwortung**

Noch engere Zusammenarbeit unabdingbar



## 6. Anzustrebende Entwicklungen

### 4. Koordination und Umsetzung

**Aktuelle Situation: Isolierte Initiativen,  
unterschiedliche Vorgehensweisen**

Koordination auf verschiedenen Ebenen unabdingbar

- Innerhalb der einzelnen Berufsfachulen (für NA zuständige Person)
- Innerhalb und zwischen den Kantonen
- Zwischen den einzelnen (Aus-)Bildungsstufen (Übergänge)

## 6. Anzustrebende Entwicklungen

### 5. Berücksichtigung ethischer Fragestellungen

#### **Paradox des Nachteilsausgleichs:**

- **NA ist an eine Diagnose gebunden**
- **Schaffen einer aussergewöhnlichen Gruppe in einer «inklusive» Schule**

#### **Risiken:**

- Stigmatisierung dieser Schülerinnen und Schüler
- Schaffen anderer Ungleichheiten («nicht genügend behinderte» Lernende)
- Zunahme von Diagnosen (AD[H]S, Asperger, usw.)

## 7. Aktivitäten SZH zu NA

### **Ziel Mandat EDK: Konzept klären, Informationen verbreiten**

- FAQ: Allgemeine Informationen
- Merkblätter zu den einzelnen Behinderungsarten
- Artikel in der Revue suisse de pédagogie spécialisée, September 2013
- Schwerpunkt in der Schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik, September 2013
- Schwerpunkt in der Schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik, März 2015
- Referate an Tagungen von Fachpersonen, politischen Gremien, usw.
- Beratung für Privatpersonen oder politische Instanzen
- Edition «Sonderpädagogik in Gymnasien», erscheint im Herbst 2015
- ...

## 8. Weitere Materialien

---

Nachteilsausgleich für Menschen  
mit Behinderung in der Berufsbildung

Bericht

---

Compensation des désavantages pour personnes  
handicapées dans la formation professionnelle

Rapport

---

Compensazione degli svantaggi per persone  
con handicap nella formazione professionale

Rapporto

# 8. Weitere Materialien

Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz **SBBK** Confédération suisse des offices de la formation professionnelle  
**CSFP** Conferenza svizzera degli uffici della formazione professionale

## EMPFEHLUNG Nr. 7

verabschiedet am 17.09.2014  
von der Plenarversammlung SBBK

## EMPFEHLUNG

**SBBK-Kommission  
Thema**

**Kommission Berufliche Grundbildung KBGB  
Nachteilsausgleich**

### 1. Ausgangslage

Menschen mit Behinderungen können in der Bildung Benachteiligungen erfahren, wenn ihren besonderen Bedürfnissen nicht Rechnung getragen wird. Es besteht unter anderem auch die Gefahr, dass Behinderte in intellektuell weniger anspruchsvolle Ausbildungen abgedrängt werden und sie ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Bei der Wahl eines Berufes soll darauf geachtet werden, dass die individuellen Stärken eingebracht werden können und sich die Schwächen nicht allzu negativ auswirken. Die Ausgestaltung von Übergängen/Transitionen von einem Bildungsgang zum nächsten kann die Startchancengleichheit von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen. Die vorliegende Empfehlung ist für alle Ausbildungen und Qualifikationsverfahren in der beruflichen Grundbildung (inkl. Berufsmaturität) gleichwertig anwendbar. Bei der Berücksichtigung individueller Bedürfnisse gilt es die Besonderheiten der verschiedenen Lernorte zu beachten. Für Personengruppen mit anderen Qualifikationsverfahren gilt es nach vorliegender Empfehlung adäquate Lösungen zu finden.

### 2. Gesetzliche Grundlagen

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 1

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 2 und 4:

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

Behindertengleichstellungsgesetz

Art. 2 Abs. 5:

Eine Benachteiligung bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildung liegt insbesondere vor, wenn:

- a. die Verwendung behindertenspezifischer Hilfsmittel oder der Beizug notwendiger persönlicher Assistenz erschwert werden;
- b. die Dauer und Ausgestaltung des Bildungsangebots sowie Prüfungen den spezifischen Bedürfnissen Behinderter nicht angepasst sind.

Art. 5 Abs. 1:

Bund und Kantone ergreifen Massnahmen, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen; sie tragen dabei den besonderen Bedürfnissen behinderter Frauen Rechnung.

Eine Fachkonferenz der EDK – Une conférence spécialisée de la CDIP – Una conferenza specializzata della CDPE

SBBK-Sekretariat · Haus der Kantone · Secrétariat CSFP · Maison des cantons · Segreteria CSFP · Casa dei cantoni  
Spiechergasse 6 · Postfach 660 · 3000 Bern 7 · T: 031 309 51 57 · F: 031 309 51 50 · www.sbbk.ch · sbbk-csfp@edk.ch

# 8. Weitere Materialien

## Merkblatt

### Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen<sup>1</sup> bei Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen

#### I. Allgemeines

##### 1. Ausgangslage

Das Behindertengleichstellungsgesetz<sup>2</sup> hält in Art. 2 Abs. 5 lit. b fest, dass eine Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen vorliegt, wenn Prüfungen von Aus- und Weiterbildungen nicht den spezifischen Bedürfnissen Behinderter angepasst sind<sup>3</sup>. Diese Bestimmung stützt sich auf das Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung<sup>4</sup> und das Gleichbehandlungsgebot der Bundesverfassung<sup>5</sup>. Daraus ergibt sich, dass für Menschen mit Behinderungen Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen (Nachteilsausgleich) bei Prüfungen der Aus- und Weiterbildung vorzusehen sind. Die Berufsbildungsverordnung<sup>6</sup> sieht für die Abschlussprüfungen der beruflichen Grundbildung vor, dass Kandidaten und Kandidatinnen mit Behinderungen Prüfungserleichterungen zu gewähren sind<sup>7</sup>. Entsprechende Normen für Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen bestehen in der BBV hingegen nicht. Ein Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen wird aber analog auch in der höheren Berufsbildung berücksichtigt. Art. 16 Abs. 2 Bst. c IVG<sup>8</sup> hält ausserdem fest, dass Versicherten, denen infolge Invalidität in wesentlichem Umfange zusätzliche Kosten bei der beruflichen Weiterausbildung (und damit auch Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) entstehen, Anspruch auf Ersatz dieser Kosten haben<sup>9</sup>.

##### 2. Antrag auf einen Nachteilsausgleich bei Berufs- und höheren Fachprüfungen

Einen Nachteilsausgleich bei einer Berufs- und höheren Fachprüfung kann beantragen, wer eine Behinderung nachweisen kann. Der Antrag ist bei der zuständigen Prüfungskommission oder QS-Kommission (Prüfungskommission) einzureichen und *muss spä-*

<sup>1</sup> Vgl. zum Begriff auch das Lexikon der Berufsbildung der DBK <http://www.lex.dbk.ch/detail.php?id=484&lang=de>

<sup>2</sup> Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehG; SR 151.3)

<sup>3</sup> Art. 2 Abs. 5 BehG

<sup>4</sup> Bundesverfassung (BV; SR 101); Art. 8 Abs. 2 BV

<sup>5</sup> Art. 8 Abs. 4

<sup>6</sup> Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (BBV; SR 412.101)

<sup>7</sup> Art. 35 Abs. 3 BBV

<sup>8</sup> Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, SR 831.20) vom 19. Juni 1959

<sup>9</sup> Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE) vom 1.1.2011  
[http://www.bsv.admin.ch/volltextstorage/documents/200/200\\_2\\_de.pdf](http://www.bsv.admin.ch/volltextstorage/documents/200/200_2_de.pdf)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[www.szh.ch](http://www.szh.ch)